

Konzept der Bielefelder SchülerInnenvertretung für mehr Jugendbeteiligung in der Bielefelder Kommunalpolitik

BezirksSchülerInnenVertretung Bielefeld – info@bsvbielefeld.de – 30.09.2016

Konzept der Bielefelder SchülerInnenvertretung für mehr Jugendbeteiligung in der Bielefelder Kommunalpolitik

1. Einleitung – Wer, wann, was, warum?

Die Paprika-Koalition hat in ihrer Koalitionsvereinbarung vom März 2015 geschrieben:

*„Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen,
etwa in Jugendräten, sollen verbessert werden“¹*

Hierzu gab es am 16.6.2016 ein erstes Treffen mit dem Vorstand der BezirksschülerInnenvertretung (BSV) Bielefeld. Wir haben vereinbart, dass die BSV über die Sommerferien 2016 ein Konzept erarbeitet, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

Die BezirksschülerInnenvertretung (BSV) ist die Vereinigung aller Bielefelder Schülervertretungen (SVen). Wir vertreten 42.000 Schülerinnen und Schüler in den Sekundarstufen I & II.

Die Vorlage dieses Konzeptes zur Verbesserung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalpolitik bietet uns als SchülerInnen die Chance, unsere Möglichkeiten zur Mitwirkung in der Politik auszubauen. Jugendräte oder -Parlamente wären unserer Meinung nach Parallelstrukturen zu dem funktionierenden System von Bielefelder Jugendvertretung, wie wir in diesem Konzept zeigen und begründen werden.

Definition und Selbstverständnis

Mitwirkung bzw. Partizipation von Kindern und Jugendlichen heißt für uns, dass Kinder und Jugendliche ein lokalpolitisches und auf das Leben in Bielefeld bezogenes Mitspracherecht bekommen - egal, wie alt sie sind, welches Geschlecht, welchen Asylstatus oder welche soziale Herkunft usw. sie haben. Dabei geht es uns nicht nur um die "typischen Jugendthemen" wie Spiel- und Bolzplätze, Skaterbahn etc., sondern für uns sind auch allgemeinpoltische Themen wie der öffentliche Nahverkehr, der Umgang mit Geflüchteten, Gleichstellungspolitik oder die Armutsbekämpfung in Bielefeld sehr relevante Themen, bei denen wir uns beteiligen wollen.

Uns als BSV ist wichtig, klarzustellen, dass wir zwar so ziemlich alle Menschen im schulpflichtigen Alter ab der Klasse fünf, in Bielefeld vertreten und erreichen können, dass wir aber lange nicht die einzig Aktiven in dieser Altersgruppe sind. Wir verstehen uns als ein Teil der Jugendarbeit und Jugendpolitik in Bielefeld. Viele unserer Vorschläge in diesem Konzept

zielen auf die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Jugendlichen, die sich in anderen Verbänden und Gruppen organisiert haben als in den SVen. Wir laden alle ein, sich an diesem Prozess zu beteiligen und gemeinsam an Ideen weiter zu arbeiten.

2. Die Ist-Situation: Jugendliches Engagement in Bielefeld

Aktuell gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich als Kind oder JugendlicheR in Bielefeld zu engagieren.

SchülerInnenvertretungen (SV und BSV)

Die BSV Bielefeld vertritt rund 42.000 Schülerinnen und Schüler und damit quasi alle Jugendlichen der schulpflichtigen Altersgruppen und darüber hinaus, z.B. aus Berufskollegs. Sie hat einen beratenden Sitz im Schul- und Sportausschuss und im VVOWL.

Hintergrund: An vielen weiterführenden Schulen gibt es Schülerinnen Vertretungen (SVen). Sie haben eine Satzung und gleich viele Sitze wie LehrerInnen- und ElternvertreterInnen auf der Schulkonferenz, dem höchsten Gremium der Schule. Zu ihren Aufgaben gehören

- die Interessenvertretung der SchülerInnen (gegenüber LehrerInnen und der Schulleitung) und
- die Verwirklichung von Projekten (z. B. Schule ohne Rassismus (SoR), Gestaltung des Schullebens, Projektwochen etc.).

Auf der Schülerratssitzung (SrS) werden alle Klassen- und Jahrgangs- und KurssprecherInnen versammelt und über Projekte der SV informiert. Außerdem werden auf der SrS SchulsprecherInnen, SchülervertreterInnen auf der Schulkonferenz, Mitglieder der Bezirksdelegiertenkonferenz und SV-Verbindungslehrer gewählt.

Dem übergeordnet gibt es mindestens zweimal im Jahr eine Bezirksdelegiertenkonferenz (BDK). Auf der BDK sind alle weiterführenden Schulen Bielefelds vernetzt. Sie bildet ein legitimes Gremium, veranstaltet Workshops, behandelt Anträge und der Vorstand der BezirksschülerInnenvertretung wird gewählt.

Zwischen den Konferenzen arbeitet der Vorstand der BSV (AutorInnen dieses Konzeptes) an den laufenden Projekten und vernetzt sich auch auf NRW-Ebene. Die BSV hat eine Satzung, ein Grundsatzprogramm, ein Arbeitsprogramm, eine Geschäfts- und eine Wahlordnung. Änderungen an diesen werden auf der BDK abgestimmt. Die BSV hat außerdem die Möglichkeit, eine zwei- bis dreitägige Bezirksdelegiertentagung (BDT), auf der Workshops stattfinden, abzuhalten.

Sonstige Vereinigungen

Außerdem ist natürlich Jugendlichen ehrenamtliches Engagement, wie beispielsweise die Tätigkeit als Jugendleiter, in Jugendorganisationen der Parteien, in kirchlicher Arbeit, Sportvereinen, die Mitarbeit bei der freiwilligen Feuerwehr oder bei „you name it – Bielefelder Jugendforum“ usw. möglich.

Kommunalpolitik

Jugendliche ab 16 Jahren haben ein Stimmrecht bei Kommunalwahlen. Außerdem hat die BSV einen Sitz als beratendes Mitglied ohne Stimm- aber mit Anfragerecht, für ausschließlich schulbezogene Themen, im Schul- und Sportausschuss.

Fazit: Bielefeld hat also bereits eine nennenswerte Menge von Jugendlichen, die sich bereits engagieren. Wie kann man sie unterstützen, sich noch deutlicher für eine Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt einzusetzen? Wie kann man sie in die bestehende lokalpolitische Arbeit einbinden? Wie kann Politik dieses Potenzial für sich nutzbar machen?

3. Bedarfe, Begründungen

"Kinder und Jugendliche wollen sich einmischen: in der Schule, an ihrem Wohnort, in der Kita, im Jugendzentrum, in ihrer Familie. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Fragen ist eines der zentralen Ziele des Nationalen Aktionsplans "Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2015" (NAP). ... Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung und Mitgestaltung."

(Aus „Vorwort und Präambel“ der Broschüre
„Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und
Jugendlichen“, Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend, BMFSFJ 2015)

Wir sehen derzeit fünf Hauptthemen, in denen wir Unterstützung brauchen, um Jugendliche besser und effektiver zu beteiligen. Nicht alle kosten Geld ...

3.1 Wirksamkeit

Die direkte Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in den etablierten politischen Gremien (Rat, Ausschüsse, Arbeitskreise auf kommunaler Ebene) muss ausgebaut werden. Hier gibt es in Bielefeld erste Ansätze (die VertreterInnen der BezirksschülerInnenvertretung haben je einen beratenden Sitz im Schul- und Sportausschuss sowie im Beirat des Verkehrsverbundes VVOWL), aber nur begrenztes Anfrage-/Antragsrecht und kein Stimmrecht. Wir wünschen uns weitere Möglichkeiten, uns direkt in den politischen Alltag einbringen zu können.

3.3 Nachhaltigkeit

Kindheit und Jugend sind zeitlich begrenzte Lebensphasen, die vom Bildungssystem bestimmt und gestaltet werden. Unsere Freundschaften und Interessen werden sehr von Klassensystemen, Schulformen und Prüfungsphasen bestimmt. Das führt dazu, dass Kinder und Jugendliche sich häufig nur zeitlich begrenzt auf maximal ein bis drei Jahre in Gremien oder

Organisationen (Schülervertretung etc.) einbringen können. Politik ist aber ein langwieriger Prozess. Geplante Mitwirkungsmaßnahmen müssen also sowohl Nachhaltigkeit gewährleisten als auch sehr regelmäßig für die nachwachsenden Jahrgänge von Aktiven sorgen.

3.4 Grundlegende Demokratisierung

Was wir dafür brauchen, sind regelmäßige, altersgerecht vermittelte Grundinformationen darüber, wie Demokratie und (Lokal-) Politik funktionieren. Was ist der Stadtrat? Wer sitzt dort und warum? Was ist eine Fraktion? Welche Ausschüsse und Ämter gibt es im Rathaus? Wer ist wofür zuständig? Was ist ein Antrag, warum und wie formuliert man ihn?

3.5 Lokale Projektbeteiligung

Um das Leben in Bielefeld mitzugestalten, müssen wir wissen, was läuft. Der Informationsfluss zwischen erwachsenen Bielefelder Akteuren und Jugendlichen muss aktiv gestaltet und gewährleistet werden. Viele lokale, stadtübergreifende Projekte bieten sich an, Jugendliche aktiv auch in die Planung zu integrieren (Stadtradeln, Flüchtlingspolitik, Planung des Leinewebermarktes, Anti-Rassismus-Demos, Klimainitiativen, ...). Bisher geschieht dies unseres Wissens aber eher zufällig. Eine bessere Einbindung von Jugendlichen (kombiniert mit einem sinnvollen öffentlichen Nahverkehr) kann auch die Grenzen zwischen den weit verstreuten Stadtteilen Bielefelds auflösen. Und unsere Eltern ziehen wir dann mit.

3.6 Autonomie und Augenhöhe

Kindern und Jugendliche sind neugierig und wollen mitgestalten, mitarbeiten. Wir engagieren uns dann, wenn wir spüren, dass wir Erfolg haben und dass unser Einsatz "etwas bringt". Wir müssen ernst genommen werden - Partizipation ist ein Grundrecht und keine Gunst, die uns gewährt wird. Dazu gehört, dass Arbeitsmittel und eine Arbeitsumgebung zur Verfügung stehen, die uns diese Mitwirkung ermöglicht. Und dass anerkannt wird, was wir erreicht haben.

3.7 Stärkung der vorhandenen Strukturen

Wir, die BezirksschülerInnenvertretung, vertreten 42.000 Schüler und Schülerinnen in Bielefeld. Wir sind demokratisch legitimiert, selbst verwaltet und in überkommene Strukturen eingebunden (Details über uns siehe oben). Diese Arbeit zu stärken und uns in die geplanten Maßnahmen einzubinden, gewährleistet erstens eine hohe Breitenwirkung der unter Punkt 4 vorgeschlagenen Maßnahmen, zweitens Akzeptanz und drittens Synergieeffekte durch Nutzung bewährter Strukturen.

Das Rad, Jugendliche in Bielefeld zu politischer Arbeit zu aktivieren und in Lokalpolitik einzubinden, muss nicht neu erfunden werden. Wir sind doch schon da.

4. Maßnahmenkatalog

4.1 Ausbau der Mitarbeit in etablierten politischen Gremien

Aktuell besitzt die BezirksschülerInnenvertretung Bielefeld einen beratenden Sitz im Schul- & Sportausschuss mit eingeschränktem Anfragerecht. Das ist zu wenig. Als einen ersten Schritt möchten wir auch im Jugendhilfeausschuss beteiligt werden. Des Weiteren gehört aus unserer Sicht zu einer wirklichen Beteiligung, nicht nur zuhören, sondern auch abstimmen und eigene politische Anträge stellen zu dürfen.

Deshalb schlagen wir folgende Ergänzungen für unsere kommunalpolitische Mitwirkung vor:

- Sitz im Jugendhilfe Ausschuss
- Antragsrecht in beiden Ausschüssen
- Stimmrecht in beiden Ausschüssen
- Mitarbeit in der Jugendentwicklungsgruppe und im Arbeitskreis Schulische Inklusion

Zeitplan: Mit der politischen Initiative, unsere Rechte auszubauen, könnte wahrscheinlich begonnen werden, sobald der politische Wille da ist. Sind diese Rechte eingeräumt, sollte nach einer Probephase von ein bis zwei Jahren über weitergehende Schritte nachgedacht werden.

Kosten: Vermutlich keine, zumindest nicht direkt.

4.2 Einführung in die Lokalpolitik für die Jugend-VertreterInnen

Um die Mitarbeit in den politischen Gremien sinnvoll ausüben zu können, brauchen wir als Vorstand der BezirksschülerInnenvertretung eine politische Einführung in unsere Rechte und Pflichten, und in die lokalen politischen Strukturen in Bielefeld. Der Bezirksvorstand sollte immer auf dem genauen Wissensstand über Strukturen und Abläufe der Kommunalpolitik sein, da wir auch MitveranstalterInnen des Planspiels (siehe 4.3.) sind.

Als ReferentInnen in diesen Schulungen könnten die im Rat sitzenden Parteien auftreten.

Zeitplan: Die Schulungen sollen einmal jährlich stattfinden, da es in der Regel jährliche Personalwechsel innerhalb des Vorstandes gibt. Am liebsten immer nach unseren BSV-Neuwahlen im Mai, also z. B. im Juni.

Kosten: Keine Nennenswerten - wir brauchen einen Raum und engagierte PolitikerInnen, die uns diese Einführung geben wollen. Vielleicht noch Getränke und Kekse. :-)

4.3 Planspiel

Ziel des Planspiels ist es, Jugendliche für die Politik zu begeistern und ihnen ein Einblick in kommunalpolitische Abläufe zu geben. Das Planspiel soll Jugendlichen eine Plattform zum Diskutieren bieten, bei der sie ihre eigenen Themen einbringen können. Aber sollen sie sich dort auch über bestehende Parteien informieren können. Über aktuelle kommunalpolitische

Themen soll ein Meinungsbild erfasst werden, dies soll an den Stadtrat weitergeleitet werden. Nach erfolgreichem Abschluss soll als Anreiz ein Zertifikat der Teilnahme ausgestellt werden.

Zeitplan: Das Planspiel soll eine Sitzungswoche in 4 Tagen simulieren, dies soll einmal im Halbjahr während der Schulzeit stattfinden.

1. Tag: Infos zum Ablauf (Was sind Anträge? Wie stelle ich einen Antrag? Wie funktionieren Parteien? Besichtigung des Rathauses. Freiwillige Aufteilung auf aktuelle Ratsparteien.
2. Tag: Sitzung stark angeleitet (Vorbereitete Anträge vorgegebene Themen)
3. Tag: Sitzung (Diskussion vorgegebener Themen, mit Einbringungen eigener Anträge)
4. Tag: Freie Sitzungen ohne Anleitung

Die vorgegebenen Themen müssen innerhalb des letzten halben Jahres im Stadtrat besprochen worden sein. Pro Sitzungstag gibt es mehrere Ausschüsse, die unterschiedliche Schwerpunkte haben (z.B. Schul- und Sport, Kultur usw.) und eine Ratssitzung.

Kosten: Das Planspiel soll für die Jugendlichen kostenlos sein. D.h. Räume, Verpflegung, Materialien (z.B. Moderationskoffer) und Referenten müssen für 4 Tage gestellt werden.

4.4 Feste AnsprechpartnerInnen

4.4.1 Eine feste Koordinations-Stelle

Wie unter 3.2 beschrieben, können wir die Nachhaltigkeit und den langen Atem, den wir für die politische Arbeit brauchen, als Jugendliche zwischen schulischen Anforderungen und Lebensphasenveränderungen nicht stabil gewährleisten. Politische Arbeit kann aber auch nicht alle ein bis zwei Jahre neu erfunden werden - nicht umsonst sind politische Legislaturperioden für Erwachsene üblicherweise 4-5 Jahre lang.

Die Kontinuität der Jugendbeteiligung muss von einem professionellen Erwachsenen übernommen werden. Die gängigen Konzepte für Jugendbeteiligung in Kommunen, z. B. gibt es das Jugendparlament in Düsseldorf oder Kinderrechte-Büros. Auf Landesebene gibt es das Beispiel der LandeschülerInnenvertretung NRW (LSV NRW), der LSV stehen drei angestellte Mitarbeiter zur Verfügung, darunter eine Vollzeit und zwei halbe Stellen. Diese drei Personen übernehmen die Termin-, Anfragen- und E-Mail-Verwaltung und alle weiteren verwaltungstechnischen Aufgaben. Folgen der Einschätzung, dass ernstgemeinte Jugendbeteiligung mindestens einen fest angestellten Menschen braucht.

Diese Person soll

- ... fest angestellt sein, möglichst bei der Stadt Bielefeld.
- ... nicht älter als 30 Jahre sein.
- ... einen langfristigen Blick auf die Beschlüsse und Willensäußerungen der politischen JugendvertreterInnen in Bielefeld behalten, neue Jugendliche in bestehende Beschlüsse einführen und darauf
- achten, dass politische Initiativen nicht versanden, weil das politische Verfahren länger dauert, als wir durchhalten können.
- ... gewährleisten, dass schnell Ersatz gefunden wird, wenn von uns kurzfristig jemand ausfällt (z.B. weil die Eltern umziehen und kurzfristig neue MandatsträgerInnen

gefunden werden müssen). Wenn solche unvorhergesehenen Störungen in unsere Klausurphasen fallen, brauchen wir Unterstützung.

- ... uns bei der Kommunikation mit Ämtern und Amtsträgern unterstützen. Zum Beispiel, wenn wir nicht in Sprechstunden bei jemandem anrufen können, weil diese vormittags sind, wenn wir Schule haben. Oder sich einschalten, wenn wir die Erfahrung machen, dass wir nicht ernst genommen werden.
- ... uns aus ihrer Kompetenz und Einbindung ins Geschehen Rathaus heraus Hinweise für unsere Arbeit geben. Wir bekommen ja den "Flurfunk" nicht mit.
- ... ein eigenes Büro haben, das für uns Anlaufstelle ist, in dem wir z.B. Protokolle unserer Sitzungen über einen längeren Zeitraum einsehen können, und wo sie auch für Menschen, die etwas von uns wollen, angetroffen werden kann.
- ... ein Auto haben, um uns vor Ort besuchen und auch mit Jugendlichen in Stadtteilen arbeiten zu können.

Zeitplan: Wir wissen nicht, wie lange es braucht, um eine Person einzustellen.

Kosten: Gehalt Sozialpädagogik o. ä., ausgestattet mit Büro und Arbeitsmitteln (Telefon, Fahrtkostenerstattung, Kopierer-Kontingent usw.)

4.4.2 Feste AnsprechpartnerInnen in Ämtern und Abteilungen

Des Weiteren sollten an den entscheidenden Stellen im Rathaus (im Jugendamt, im Schulamt...) feste AnsprechpartnerInnen für uns bestimmt werden, die wir anrufen und um Unterstützung bitten können. Sie sollten uns Abläufe erklären können und unsere Fragen oder Bitten ggf. in abteilungsinterne Sitzungen oder an die zuständigen KollegInnen weiter geben. Wünschenswert wäre, wenn andere Einrichtungen in Bielefeld (z.B. moBiel oder die REGE, Bielefeld Marketing etc. dem Beispiel folgen und uns ebenfalls feste AnsprechpartnerInnen als Zeichen der Kooperationsbereitschaft benennen würden). Von diesen benannten Ansprechpartnern brauchen wir eine Liste mit: Namen, Telefonnummer, Zuständigkeitsbereich, und Arbeitszeiten. Zudem wäre es wünschenswert, wenn diese Personen vorab von uns und ihrer neuen Aufgabe wissen würden.

4.5 Der jährliche Jugendtag

Um neue Jugendliche für politische Arbeit zu begeistern und die Möglichkeit zu bieten, auf den aktuellen Stand zu kommen, schlagen wir vor, einen jährlichen Bielefelder Jugendtag auszurichten, ähnlich wie das Wackelpeterfest für Kinder im Ravensberger Park.

Der Jugendtag soll ein Aktionstag sein, an dem alle Jugendgruppen der Verbände und Jugendliche, die bisher nicht irgendwo organisiert sind, die Möglichkeit bekommen, zu erfahren, was in Bielefeld politisch ansteht, sich fortzubilden und zu vernetzen. Nicht in langweiligen Referaten, sondern mit neuen, jugendgerechten Formen soll das Mitwirken in der Bielefelder Politik attraktiv vermittelt werden ("Themen-Slams", Mitmach-Aktionen, Video-Einspielungen auf der Bühne, Bar-Camps, Zukunftswerkstätten usw.).

Der Jugendtag soll durch ein Gremium, welches aus Delegierten von im Jugendring-Dachverband involvierten und angeschlossenen Verbänden vorbereitet und geleitet werden.

Weitere ReferentInnen und Moderatoren werden von außerhalb hinzugezogen. Stattfinden kann der Jugendtag z. B. in der AWO, oder als Alternative auf dem Kesselbrink.

Der Tag soll in verschiedene Workshop-Phasen strukturiert werden.

Thema des ersten Jugendtags sollen die Vernetzung der bestehenden Jugendverbände untereinander und die Vorstellung der Bielefelder Lokalpolitik sein. Vorstellbare Workshops wären:

1. Einzelne Organisationen stellen sich vor (Slam-Form?)
2. Wie etablieren wir einen guten Austausch untereinander z.B. über Social Media?
3. Zukunftswerkstatt "Was fehlt mir in Bielefeld?"
4. Grundkurs Lokalpolitik wie in 3.2, aber für alle
5. Moderationstechniken für Arbeitssitzungen
6. Neueste politische Beteiligungsformen für Jugendliche
7. Weitere "allgemeinpolitische" Themen, z.B. über Arbeit mit Geflüchteten, Crypto-Parties, Freifunk für Bielefeld, Urban Gardening, Vegan in Bielefeld - was immer die Parteien so in ihren Schubladen haben und was sie Jugendlichen anbieten wollen. Die Auswahl, was angeboten wird, trifft aber das Vorbereitungsgremium!

Das Konzept kann für folgende Aktionstage übernommen werden, beispielsweise zum Thema "Kommunalwahlen/Wahlrecht", "Europa" oder "Nationalsozialismus".

Zeitplan: Wäre es möglich, so einen Jugendtag schon im Sommer 2017 auf die Beine zu stellen? Es könnte ein schöner Startschuss für eine verbesserte Jugendbeteiligung in Bielefeld sein.

Kosten: Müssten in Ruhe kalkuliert werden, wenn das Konzept politisch abgestimmt ist. Hier sind auch Sponsoring aus der Bielefelder Wirtschaft, Projektanträge an Ministerien oder die Finanzierung durch Stiftungen denkbar.

Finanzierung durch Stiftungen denkbar.

4.6 Das Jugendhaus

In Gesprächen der BSV untereinander und mit anderen Jugendverbänden wird immer wieder deutlich, dass uns Arbeitsräume fehlen. Wir brauchen Räume, in denen wir Sitzungen oder Besprechungen, Workshops oder Info-Veranstaltungen durchführen können. Das sind andere Anforderungen, als ein Jugend- oder Stadtteilzentrum bietet (die Räume brauchen Tische, Tafeln, Flipcharts, einen Beamer, Moderationsausstattung usw.). Alternativen gibt es keine: In Schulen oder im Rathaus wird früh abgeschlossen (wir können uns häufig erst nach der Schulzeit treffen oder bevorzugt an Wochenenden), oder die Sitzungsräume sind ausgebucht.

Wo soll das Jugendhaus sein?

Das Jugendhaus sollte in der Innenstadt sein, so dass es gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar ist.

Welche Verbände/Vereine können das Jugendhaus benutzen?

Alle Jugendvereine/Verbände. Vorrang haben Vereine/Verbände, die keine eigenen Räume zur Verfügung gestellt bekommen.

Wie soll die Verwaltung funktionieren?

Es soll eine Stelle geschaffen werden, die die Raum- und Schlüsselverwaltung übernimmt. Das könnte z. B. die Person unter 4.4.1 sein.

Welche Räume soll es im Jugendhaus geben?

Im Jugendhaus sollten zwei große Sitzungsräume und mehrere kleine Besprechungsräume zur Verfügung stehen. Abstellräume für Materialien, Teeküche, Toiletten, Büro, Flipcharts, Moderationskoffer, Beamer, Leinwand, Tafeln, W-Lan, ...

Wie soll die Schlüsselverwaltung funktionieren?

Die Schlüsselverwaltung soll über ein Chipkartensystem funktionieren, somit muss nicht das ganze Schloss ausgetauscht werden, wenn ein Schlüssel oder eine Chipkarte verloren geht. Durch die Chipkarten kann man auch sehen, wer zu welcher Zeit das Jugendhaus bzw. die Räume betreten hat.

Zeitplan: Wir vermuten, dass es ein längerer Prozess sein wird, die Kosten zu kalkulieren, ein geeignetes Haus zu finden, einen Beschluss zu fassen und das Haus dann einzurichten. Wo wir können, unterstützen wir gern (wir können z. B. auch selbst streichen...)

Kosten: Das hängt von der Größe, Lage, Miete und Ausstattung ab, die noch diskutiert werden müssen. Das Jugendhaus soll von der Stadt finanziert werden. Eventuell können Stiftungen das Jugendhaus mitfinanzieren.

4.7 Stärkung der SV-Arbeit

Dass die SchülerInnenvertretung ein etabliertes, legitimes und demokratisches System sind, haben wir unter 2. erläutert. Es gibt aber leider nicht an allen Bielefelder Schulen SVen und die Beteiligung ist relativ niedrig. Manche Schulen haben keine SV-VerbindungslehrerInnen. Manche SchülerInnen wissen wenig über die SV und nehmen ihr Stimmrecht nicht wahr. Mit diesen Problemen an unseren Schulen verlieren wir sehr viel Zeit und Energie, die wir lieber in konkrete politische Mitwirkung stecken würden.

Es würde uns sehr helfen, wenn von Seiten der Politik und des Schulamtes unterstützt und betont würde, dass SV-Arbeit zum Schulalltag gehört. Damit könnte nicht zuletzt ein grundlegendes Demokratieverständnis in die Schulen getragen werden. Konkrete Maßnahmen dafür wären:

- Verpflichtende Info-Veranstaltungen zu jedem Schuljahresbeginn, in denen die SV ihre Arbeit vorstellt und neue SchülerInnen zur Mitarbeit gewinnen kann

- Aufforderungen an Schulleitungen und LehrerInnen, die Bereitstellung von SV-VerbindungslehrerInnen zu gewährleisten
- Bereits existierender Brief an die Schulleitungen, dieser Brief umfasst ein Anschreiben und einen Fragebogen

Zeitplan: Wäre im laufenden Schuljahr 2016/17 umsetzbar, sobald der politische Wille da ist.

Kosten: Portokosten für den Brief, diese könnten vermieden werden, wenn er über den Dienstweg versendet wird.

4.8 Weitere Anmerkungen

- Jugendparlamente haben üblicherweise ein eigenes Budget für Aktionen, Aufkleber, Werbematerialien usw. Im Raum stehen aus einem anderen Konzept für Bielefeld z.B. 10.000 Euro. (zu Bedarf 1, 4 und 5)
- Ehrenamtsausweise, mit denen man z.B. verbilligte Mobiel-Tickets bekommen kann. (zu Bedarf 5)

5. Umsetzungsschritte, Evaluation und Schlusshinweise

Nach der Übergabe dieses Konzeptes gehen wir davon aus, dass es in den einzelnen Fraktionen besprochen werden muss. Wir stehen gerne für Rückfragen oder Beteiligung zur Verfügung und hoffen, kurzfristige und konkrete Rückmeldungen aus diesen Gesprächen zu bekommen.

An einer Weiterentwicklung der angestoßenen Ideen sind wir sehr interessiert. Am besten erreicht man uns unter info@bsvbielefeld.de. Als Ansprechpartner stehen ihnen Tobias Gläntzer & Simon Wakenhut zur Verfügung.

Welche unserer Vorschläge wie umgesetzt werden und ob sie sich bewähren, sollte langfristig beobachtet und bewertet werden (Evaluation). Für ein konkretes Evaluationskonzept ist es in diesem Stadium des Prozesses noch zu früh.

Uns ist sehr wichtig, dass Jugendbeteiligung in Bielefeld transparent umgesetzt wird, alle Gruppen und potenziellen Interessierten erreicht und beteiligt und immer wieder breit verankert wird, z.B. durch Pressearbeit oder Infoveranstaltungen. Wir sind dankbar für Tipps aus der Politik, wie wir erreichen können, dass uns Jugendlichen wirklich zugehört wird und wie wir erreichen, dass das politische Mandat für Bielefelder Jugendliche auch belastbar ist.

Auf gute Zusammenarbeit!